BERICHTE UND URKUNDEN

Völkerrecht

Der Ausbruch des Krieges

Der Eintritt der einzelnen Staaten und Länder in den Krieg gegen das Deutsche Reich im September 1939 ist in verschiedener Form erfolgt. Polen führte den Kriegszustand durch Eröffnung von Feindseligkeiten in der Nacht vom 31. August zum 1. September herbei. Großbritannien und Frankreich begannen den Krieg durch formelle Kriegserklärung, und zwar Großbritannien mit Wirkung vom 3. September 11 Uhr und Frankreich mit Wirkung vom 3. September 17 Uhr. Kanada verkündete den Kriegszustand durch innerstaatliche Proklamation mit Wirkung vom 10. September. Australien und Neuseeland betrachteten die britische Kriegserklärung als für sie automatisch wirkend und gaben daher am 3. September durch innerstaatliche Proklamation lediglich das Bestehen des Kriegszustandes bekannt. Die Südafrikanische Union stellte den Kriegszustand durch Kriegserklärung mit Wirkung vom 6. September her. Der Eintritt Indiens in den Kriegszustand wurde als unmittelbare Folge der britischen Kriegserklärung festgestellt. Die Mandatsgebiete sind durch die Mandatarstaaten eigenmächtig in den Krieg hineingezogen worden. Ägypten und der Irak stellten den Kriegszustand durch Begehung feindlicher Akte her, nachdem vorher durch Ägypten am 4. September und durch den Irak am 6. September die diplomatischen Beziehungen abgebrochen worden waren.

Verfassungsrechtlich ist der Eintritt der Dominions in den Krieg unter verschieden gestalteter Beteiligung der Parlamente zustande gekommen. In diesen Verschiedenheiten kommt die unterschiedliche politische Stellung der einzelnen Dominions im British Commonwealth of Nations zum Ausdruck. In Kanada und Südafrika haben die Parlamente ihre vorherige Zustimmung zur Kriegsproklamation bzw. Kriegserklärung gegeben. In Australien und Neuseeland sind die Kriegsproklamationen nachträglich durch die Parlamente gutgeheißen worden.

I. Am 30. August 1939 wurde in Polen die allgemeine Mobilmachung angeordnet[1]). In der Nacht vom 31. August zum 1. September ereigneten sich schwere, bewaffnete Einfälle polnischer Truppen in deutsches Reichsgebiet[2]). Mit diesen von Polen eröffneten Feindseligkeiten begann der

[1]) Ausw. Amt 1939 Nr. 2, Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Nr. 465.
[2]) A. a. O. Nr. 470.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Kriegszustand zwischen Polen und dem Deutschen Reich[1]). Eine Kriegserklärung ist von polnischer Seite nicht ausgesprochen. Auch hat die polnische Regierung den neutralen Staaten den Beginn des Kriegszustandes nicht notifiziert[2]). Eine Mitteilung an den Völkerbund ist ebenfalls nicht erfolgt.

II. In Großbritannien wurde am 1. September 1939 die allgemeine Mobilmachung von Heer, Flotte und Luftwaffe durch königliche Proklamation angeordnet[3]). Am gleichen Tage um 21 Uhr unterbreitete der britische Botschafter in Berlin dem deutschen Außenminister in einer Unterredung die folgende als Warnung gedachte Note der britischen Regierung[4]):

> »Early this morning the German Chancellor issued a proclamation to the German army which indicated clearly that he was about to attack Poland.
>
> Information which has reached His Majesty's Government in the United Kingdom and the French Government indicates that German troops have crossed the Polish frontier and that attacks upon Polish towns are proceeding.
>
> In these circumstances, it appears to the Governments of the United Kingdom and France that by their action the German Government have created conditions (viz., an aggressive act of force against Poland threatening the independence of Poland) which call for the implementation by the Governments of the United Kingdom and France of the undertaking to Poland to come to her assistance.
>
> I am accordingly to inform your Excellency that unless the German Government are prepared to give His Majesty's Government satisfactory assurances that the German Government have suspended all aggressive action against Poland and are prepared promptly to withdraw their forces from Polish territory, His Majesty's Government in the United Kingdom will without hesitation fulfill their obligations[5]) to Poland.«

Als Instruktion und zur persönlichen Information hatte Lord Halifax dem britischen Botschafter in einem voraufgegangenen Telegramm vom gleichen Nachmittage folgendes über den Charakter der Note und über die Pläne der britischen Regierung mitgeteilt[6]):

> »3. In reply to any question you may explain that the present communication is in the nature of warning and is not to be considered as an ultimatum.

---

[1]) A. a. O. Nr. 471. Zur Vorgeschichte siehe im einzelnen a. a. O. Nr. 468.

[2]) Durch Unterlassung einer Kriegserklärung und Kriegsnotifikation hat Polen gegen Artt. 1 u. 2 des III. Haager Abk. über den Beginn der Feindseligkeiten vom 18. 10. 1907 verstoßen, dem Polen am 9. 5. 1925 beigetreten war.

[3]) The London Gazette, No. 34663.

[4]) Miscellaneous No. 9 (1939), Cmd. 6106, No. 110; Ausw. Amt 1939 Nr. 2, Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Nr. 472.

[5]) Vgl. den britisch-polnischen Beistandspakt vom 25. 8. 1939. Cmd. 6101.

[6]) Miscellaneous No. 9 (1939), Cmd. 6106, No. 109.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

4. For your own information. If the German reply is unsatisfactory the next stage will be either an ultimatum with time limit or an immediate declaration of war.«

Auf die Note der britischen Regierung erwiderte der deutsche Außenminister dem britischen Botschafter in der gleichen Unterredung am Abend des 1. September, eine Aggression gegen Polen läge nicht vor, vielmehr habe Polen Deutschland seit Monaten provoziert; nicht Deutschland habe gegen Polen, sondern Polen gegen Deutschland mobilisiert, und am 31. August hätten direkte Einfälle polnischer regulärer und irregulärer Truppenverbände in deutsches Gebiet stattgefunden[1]).

Am 2. September ließ der Duce dem deutschen Auswärtigen Amt durch den italienischen Botschafter in Berlin, Attolico, einen Vorschlag übermitteln, der einen Waffenstillstand und die Einberufung einer Konferenz zur Lösung des deutsch-polnischen Streites vorsah[2]). Dieser Vermittlungsversuch wurde jedoch durch die Ablehnung der britischen Regierung zum Scheitern gebracht[3]).

Am Morgen des 3. September 9 Uhr ließ die britische Regierung durch ihren Botschafter in Berlin der deutschen Regierung eine ultimativ befristete Note des folgenden Inhalts zugehen[4]):

»In the communication which I had the honour to make to you on 1st September I informed you, on the instructions of His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, that, unless the German Government were prepared to give His Majesty's Government in the United Kingdom satisfactory assurances that the German Government had suspended all aggressive action against Poland and were prepared promptly to withdraw their forces from Polish territory, His Majesty's Government in the United Kingdom would, without hesitation, fulfil their obligations to Poland.

Although this communication was made more than twenty-four hours ago, no reply has been received but German attacks upon Poland have been continued and intensified. I have accordingly the honour to inform you that, unless not later than 11 A.M., British Summer Time, to-day 3rd September, satisfactory assurances to the above effect have been given by the German Government and have reached His Majesty's Government in London, a state of war will exist between the two countries as from that hour.«

Am selben Tage um 11 15 Uhr überreichte Lord Halifax dem deutschen Geschäftsträger in London, Dr. Kordt, die britische Kriegserklärung, die in deutscher Übersetzung den folgenden Wortlaut hat[5]):

---

1) Ausw. Amt 1939 Nr. 2, Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Nr. 472.

2) A. a. O. Nr. 474.

3) Erklärung des britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten im House of Lords am 2. 9. 1939 (Parl. Deb., H. L., Bd. 114, Sp. 950).

4) Miscellaneous No. 9 (1939), Cmd. 6106, No. 118; Ausw. Amt 1939 Nr. 2, Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Nr. 477.

5) Ausw. Amt 1939 Nr. 2, Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Nr. 478.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

»Am 1. September unterrichtete der Botschafter Seiner Majestät in Berlin auf meine Weisung hin die dortige Regierung davon, daß die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich ohne Zögern ihre Verpflichtungen gegenüber Polen erfüllen werde, wenn nicht die Deutsche Regierung bereit sei, der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich befriedigende Zusicherungen dahingehend abzugeben, daß die Deutsche Regierung jegliche Angriffshandlung gegen Polen eingestellt habe und bereit sei, ihre Truppen unverzüglich aus polnischem Gebiet zurückzuziehen.

Um 9 Uhr vormittags am heutigen Tage unterrichtete der Botschafter Seiner Majestät in Berlin auf meine Weisung hin die Deutsche Regierung dahingehend, daß, falls nicht bis 11 Uhr vormittags britische Sommerzeit am heutigen Tage, dem 3. September, eine befriedigende Zusicherung im obengenannten Sinne von der Deutschen Regierung erteilt wird und bei Seiner Majestät Regierung in London eintrifft, ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von dieser Stunde an bestehen wird.

Da keine solche Zusicherungen eingingen, habe ich die Ehre, Sie davon zu unterrichten, daß ein Kriegszustand zwischen den beiden Ländern von 11 Uhr vormittags am heutigen Tage, dem 3. September, an gerechnet, besteht.«

Um 11^{30} des gleichen Tages wurde dem britischen Botschafter in Berlin durch den deutschen Außenminister ein Memorandum der Reichsregierung ausgehändigt, in dem die Ablehnung des britischen Ultimatums ausgesprochen und die Verantwortung der britischen Regierung für den Ausbruch des Krieges festgestellt und begründet wurde[1]). Im House of Commons gab Premierminister Chamberlain am gleichen Mittag um 12^{10} nach Verlesung des britischen Ultimatums die folgende Erklärung über den Kriegsausbruch ab[2]):

»... That was the final Note. No such undertaking was received by the time stipulated, and, consequently, this country is at war with Germany. ...«

Die britische Kriegserklärung bewirkte den Beginn des Kriegszustandes zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland[3]) einschließlich der überseeischen Besitzungen, Kolonien und Protektorate einerseits und dem Deutschen Reich andererseits. Die nachstehende Verlautbarung des bestehenden Kriegszustandes wurde in der

[1]) A. a. O. Nr. 479.

[2]) Parl. Deb., H. C., Bd. 351, Sp. 294.

[3]) Eire (Irland) ist neutral geblieben. Der irische Ministerpräsident de Valera gab am 2. 9. 1939 im irischen Senate bekannt, daß er dem deutschen Gesandten in Dublin, der ihm am 31. 8. mitgeteilt hatte, daß die deutsche Regierung eine neutrale Haltung Irlands respektieren werde, erklärt habe, die irische Regierung wolle mit Deutschland in Frieden verbleiben (Journal of the Parliaments of the Empire, Bd. XX, No. 4, S. 999). Die Berechtigung Irlands, bei einer Kriegserklärung Großbritanniens neutral zu bleiben, kann nach Corbett, The Status of the British Commonwealth in International Law (University of Toronto Law Journal Vol. III, S. 348, 355), der auf Art. 28 der irischen Verfassung von 1937 verweist, kaum in Zweifel gezogen werden.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

London Gazette am 3. September durch das Privy Council Office veröffentlicht[1]):

»It is notified that a State of War exists between His Majesty and Germany as from 11 o'clock A.M. to-day, the 3rd September, 1939.«

Das britische Auswärtige Amt notifizierte am 9. September dem Völkerbundssekretariat durch eine Note das Bestehen des Kriegszustandes. In dieser Note, die das Sekretariat gemäß dem englischen Wunsch am 18. September an die Mitglieder des Völkerbundes weiterleitete, erklärte Unterstaatssekretär Sir Alexander Cadogan u. a.[2]):

»2. I am now directed by Lord Halifax to state that on the 1st September last the German Government committed an act of aggression against a member of the League of Nations. The action of the German Government was taken in disregard of the obligation, which they had accepted, to solve without recourse to force the questions which might become the cause of division between Germany and Poland; in disregard of the obligations which the German Government had assumed towards Poland and the other signatories of the Treaty for the Renunciation of War of the 27th August, 1928; and in disregard of the appeals which had, on high authority, been addressed to the German Government to seek a solution of Polish-German differences by pacific means.

3. His Majesty's Government in the United Kingdom, in co-operation with the French Government, had exerted their utmost influence to promote a settlement by peaceful negotiation of the matters in dispute between Germany and Poland, and endeavoured, by diplomatic action, to bring the violation of Polish territory by German forces to an end. These endeavours failed, and the action of the German Government called into play the obligations which His Majesty's Government in the United Kingdom had assumed towards Poland. These obligations, which originally resulted from the declaration made by His Majesty's Government on 31st March, 1939[3]), were defined in the Agreement of Mutual Assistance between the United Kingdom and Poland signed in London on the 25th August, 1939[4]).

4. I am, therefore, to inform you that, in conformity with the obligations assumed by His Majesty's Government in the United Kingdom, and in consequence of the continuance of aggressive action by Germany against Poland, a state of war has existed between the United Kingdom and Germany since 11 a.m. on the 3rd September, 1939.

5. I am to request that this communication may be transmitted to the members of the League of Nations.«

Eine über diese Note an den Völkerbund hinausgehende Notifikation des Kriegszustandes an sämtliche neutralen Staaten gemäß Art. 2 des III. Haager Abk. vom 18. Oktober 1907, das von Großbritannien am

---

1) The London Gazette, No. 34665.

2) Communiqué au Conseil et aux Membres de la Société des Nations, C. 257. M. 175. 1939. VII; Parl. Deb., H. C., Bd. 353, Sp. 684/85.

3) Parl. Deb., H. C., Bd. 345, Sp. 2415.

4) Cmd. 6101.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

27. November 1909 ratifiziert ist, hat die britische Regierung, soweit bekannt, nicht vorgenommen.

III. In Frankreich wurde am 1. September 1939 die Generalmobilmachung für das gesamte französische Territorium angeordnet[1]). Am gleichen Tage um 22 Uhr übereichte der französische Botschafter in Berlin, Coulondre, dem deutschen Außenminister in einer Unterredung eine Note, die den gleichen Inhalt wie die britische Note vom selben Tage[2]) hatte und wie folgt lautet[3]):

»De bonne heure ce matin, le Chancelier allemand a fait paraître une proclamation à l'armée allemande qui indiquait clairement qu'il était sur le point d'attaquer la Pologne.

Les informations parvenues au Gouvernement français et au Gouvernement de Sa Majesté dans le Royaume-Uni indiquent que des troupes ont traversé la frontière polonaise et que des attaques contre des villes polonaises sont en cours.

Dans ces conditions, il apparaît aux Gouvernements français et du Royaume-Uni, que par son action le Gouvernement allemand a créé les conditions (c'est-à-dire acte de force de caractère agressif contre la Pologne menaçant l'indépendance de ce pays) qui appellent l'accomplissement par les Gouvernements de la France et du Royaume-Uni de leur engagement à l'égard de la Pologne de venir à son aide.

En conséquence, je dois informer Votre Excellence qu'à moins que le Gouvernement allemand ne soit disposé à donner au Gouvernement français des assurances satisfaisantes que le Gouvernement allemand a suspendu toute action agressive contre la Pologne et est prêt à retirer promptement ses forces du territoire polonais, le Gouvernement français remplira sans hésitation ses obligations[4]) à l'égard de la Pologne.«

Der deutsche Außenminister entgegnete dem französischen Botschafter im Verlaufe dieser Unterredung, Deutschland habe keine Aggression gegen Polen unternommen, sondern Polen habe Deutschland seit Monaten in unerhörter Weise provoziert, indem es Danzig wirtschaftlich abschnürte, die deutsche Minderheit in Polen schwer drangsalierte und dauernd Grenzverletzungen beging; Polen habe die Generalmobilmachung angeordnet und am 31. August drei schwere Einfälle in deutsches Gebiet begangen[5]).

In einer am 3. September 12^{20} mittags stattfindenden Unterredung legte der deutsche Außenminister dem französischen Botschafter die

[1]) Dekret vom 1. 9. 1939, Journal Officiel, S. 10966f.

[2]) Siehe oben S. 245.

[3]) Ministère des Affaires Étrangères, Documents diplomatiques 1938—1939, Pièces relatives aux événements et aux négociations qui ont précédé l'ouverture des hostilités entre l'Allemagne d'une part, la Pologne, la Grande-Bretagne et la France d'autre part, No. 345.

[4]) Siehe franz.-poln. Politisches Abkommen vom 19. 2. 1921 und franz.-poln. Garantievertrag vom 16. 10. 1925 (Soc. d. Nat., Rec. d. Traités, Bd. 18, S. 12 u. Bd. 54, S. 354).

[5]) Ausw. Amt 1939 Nr. 2, Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Nr. 473.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

deutsche Haltung gegenüber England und Frankreich klar und erklärte, eine feindliche Haltung Frankreichs würde vom deutschen Volk als ein ungerechtfertigter Angriffskrieg gegen das Deutsche Reich angesehen werden[1]). Nachdem im Verlaufe dieser Unterredung der deutsche Außenminister auf Befragen des französischen Botschafters erklärt hatte, es sei zutreffend, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage sei, der in der französischen Note vom 1. September enthaltenen Anregung stattzugeben[1]), überreichte der französische Botschafter dem deutschen Außenminister die französische Kriegserklärung, die wie folgt lautet[2]):

»Le Gouvernement de la République Française considère comme de son devoir de rappeler une dernière fois la lourde responsabilité assumée par le Gouvernement du Reich en engageant sans déclaration de guerre les hostilités contre la Pologne et en ne donnant pas suite à la suggestion faite par les Gouvernements de la République Française et de Sa Majesté Britannique de suspendre toute action agressive contre la Pologne et de se déclarer prêt à retirer promptement ses forces du territoire polonais.

En conséquence, le Gouvernement de la République a l'honneur de notifier au Gouvernement du Reich qu'il se trouve dans l'obligation de remplir à partir d'aujourd'hui trois Septembre à dix-sept heures les engagements que la France a contractés envers la Pologne et qui sont connus du Gouvernement allemand.«

Damit trat der Kriegszustand zwischen Frankreich einschließlich seiner Besitzungen, Kolonien und Protektorate einerseits und dem Deutschen Reich andererseits ein. Durch die nachstehende Note teilte der französische Außenminister gemäß dem von Frankreich am 7. Oktober 1910 ratifizierten III. Haager Abk. über den Beginn der Feindseligkeiten vom 18. Oktober 1907 allen in Paris akkreditierten Chefs der diplomatischen Missionen am 3. September diese Tatsache mit[3]):

»En conformité de l'article 2 de la Convention III de la Haye du 18 octobre 1907, j'ai l'honneur de vous faire parvenir ci-joint la notification relative à l'état de guerre existant entre la France et l'Allemagne . . .

L'agression que le Gouvernement allemand, au mépris des méthodes de règlement pacifique des différends, auxquelles il s'était engagé à recourir, et des appels à la libre discussion ou à la médiation que lui adressaient les voix les plus autorisées, a commise contre la Pologne le 1er septembre, en violation des engagements les plus librement acceptés tant envers la Pologne elle-même qu'envers tous les Etats signataires du pacte de renonciation à la guerre du 27 août 1928, a mis la République française en face de ses obligations d'assistance à la Pologne, obligations résultant de traités publics et connus du Gouvernement du Reich.

[1]) A. a. O. No. 481.

[2]) Nach amtlicher Mitteilung.

[3]) Ministère des Affaires Étrangères, Documents diplomatiques 1938—1939, Pièces relatives aux événements et aux négociations qui ont précédé l'ouverture des hostilités entre l'Allemagne d'une part, la Pologne, la Grande-Bretagne et la France d'autre part, Nr. 368. — Diese Notifikation des Kriegszustandes wurde am 4. 9. 1939 durch die Présidence du Conseil im Journal Officiel (S. 11086) veröffentlicht.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

L'effort suprême, tenté par le Gouvernement de la République française et par le Gouvernement britannique en vue de maintenir la paix par la cessation de l'agression, s'est heurté à un refus du Gouvernement allemand.

En conséquence, par suite de l'agression dirigée par l'Allemagne contre la Pologne, l'état de guerre se trouve exister entre la France et l'Allemagne à dater du 3 septembre 1939, à 17 heures.

La présente notification est faite en conformité de l'article 2 de la Convention III de La Haye du 18 octobre 1907, relative à l'ouverture des hostilités.«

Die folgende Mitteilung betreffend das Bestehen des Kriegszustandes richtete der französische Außenminister am 5. September an das Völkerbundssekretariat, das entsprechend der französischen Bitte diese Mitteilung am gleichen Tage an die Völkerbundsmitglieder weiterleitete[1]):

»L'article 1 de la loi française du 11 juillet 1938 sur l'organisation générale de la nation pour le temps de guerre[2]) prévoit qu'en cas de conflit, en même temps que seront exécutées les mesures destinées à passer du régime du temps de paix au régime du temps de guerre, le Gouvernement de la République aurait le devoir de saisir la S. D. N. J'ai l'honneur de vous faire savoir que l'agression commise le 1er septembre par le Gouvernement allemand contre la Pologne, au mépris des méthodes de règlement pacifique des différends auxquelles ce Gouvernement avait souscrit comme des appels à la libre discussion ou à la médiation que lui ont adressés les voix les plus autorisées et en violation des engagements les plus librement acceptés tant envers la Pologne elle-même qu'envers tous les Etats signataires du Pacte de renonciation à la guerre du 28 août 1928, a placé la République française en face de ses obligations d'assistance à la Pologne, obligations résultant de traités connus du Gouvernement du Reich et enregistrés au Secrétariat de la S. D. N. L'effort suprême tenté par le Gouvernement de la République et par le Gouvernement britannique en vue de maintenir la paix par cessation de l'agression s'est heurté au refus du Gouvernement allemand. En conséquence par suite de l'agression dirigée par l'Allemagne contre la Pologne l'état de guerre se trouve exister entre la France et l'Allemagne à dater du 3 septembre 1939, à 17 heures. Je vous prie de transmettre la présente communication aux Membres de la Société des Nations.«

IV. In Kanada wurden am 1. September 1939 durch den Generalgouverneur Lord Tweedsmuir die Bestimmungen der War Measures Act von 1914[3]), durch die der Exekutive weitgehende Vollmachten übertragen wurden, durch Order in Council in Kraft gesetzt; ferner trat Miliz, Marine und Luftwaffe in den aktiven Dienst[4]). Am gleichen

---

1) Communiqué au Conseil et aux Membres de la Société des Nations, C. 252. M. 171. 1939. VII.

2) Journal Officiel 1938, S. 8330.

3) The Rev. Statutes of Canada 1927, Bd. IV, S. 4085—87.

4) The Bulletin of International News, Bd. XVI, No. 18, S. 50, 54; vgl. auch Rundfunkbotschaft des Premierministers Mackenzie King am 3. 9. 1939, New York Times vom 4. 9. 1939.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Tage kündigte die kanadische Regierung an, daß sie im Falle der Hineinziehung Großbritanniens in einen Krieg das kanadische Parlament um die Ermächtigung zu einer wirksamen Zusammenarbeit Kanadas mit Großbritannien ersuchen würde[1]). Mit dieser Ankündigung entsprach die kanadische Regierung der vom Premierminister Mackenzie King wiederholt ausgesprochenen Zusicherung, Kanada nicht ohne die Ermächtigung des Parlaments an einem überseeischen Krieg teilnehmen zu lassen[2]). Eine rechtliche Verpflichtung zur Einholung der Zustimmung des Parlaments bestand für den Premierminister nicht.

Beide Häuser des kanadischen Parlaments wurden auf den 7. September zu einer Sondersitzung einberufen. Zu Beginn der Sitzungen beider Häuser richtete der Generalgouverneur an das Parlament die folgende Thronrede[3]):

> »As you are only too well aware, all efforts to maintain the peace of Europe have failed. The United Kingdom, in honouring pledges given as a means of avoiding hostilities, has become engaged in war with Germany. You have been summoned at the earliest moment in order that the Government may seek authority for the measures necessary for the defence of Canada, and for co-operation in the determined effort which is being made to resist further aggression, and to prevent the appeal to force instead of to pacific means in the settlement of international disputes. Already the Militia, the Naval Service and the Air Force have been placed on active service, and certain other provisions have been made for the defence of our coasts and our internal security under the War Measures Act and other existing authority. Proposals for further effective action by Canada will be laid before you without delay.
>
> . . . . . .
>
> You will be asked to consider Estimates to provide for expenditure which has been or may be caused by the state of war which now exists.[4])
>
> . . . . . .
>
> I need not speak of the extreme gravity of this hour. There can have been few, if any, more critical in the history of the world. The people of Canada are facing the crisis with the same fortitude that to-day supports the peoples of the United Kingdom and other of the Nations of the British Commonwealth. My Ministers are convinced that Canada is prepared to unite in a national effort to defend to the utmost liberties and institutions which are a common heritage.«

In der parlamentarischen Debatte[5]) über die Thronrede wurde zur Begründung der Notwendigkeit eines Eintritts Kanadas in den Krieg allgemein die Verpflichtung betont, die Kanada als Mitglied des British

---

[1]) Siehe oben S. 251 Anm. 4.

[2]) The Round Table, No. 117, S. 177.

[3]) Journal of the Parliaments of the Empire, Bd. XX, No. 4, S. 891—92.

[4]) Dieser Satz war ausschließlich an das House of Commons gerichtet.

[5]) Journal of the Parliaments of the Empire Bd. XX, No. 4, S. 892—905.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Commonwealth habe[1]). So erklärte der konservative Oppositionsführer Manion am 8. September im House of Commons folgendes[2]):

»We are bound to participate in this war. We are British subjects, we are part of the British Empire, and . . . I do not see how we can possibly be in and out of the British Empire at the same time . . . I do not believe there can be any neutrality for any part of the Empire when some other part of the Empire is at war. . . .«

Beide Häuser des Parlaments stimmten am 9. September der Thronrede zu, — das House of Commons durch Zuruf, der Senate einstimmig, — indem sie eine die Thronrede billigende Address-in-Reply annahmen, deren Annahme gemäß einer Erklärung des Premierministers im House of Commons vom 9. September zugleich als eine Billigung der Regierungspolitik eines sofortigen Eintritts in den Krieg angesehen werden würde[3]).

Unmittelbar nach der Parlamentssitzung am 9. September trat das kanadische Kabinett zusammen und beschloß, dem King's Privy Council for Canada zu empfehlen, eine Petition an den König zu senden, in der dieser um die Ermächtigung zum Erlaß einer Proklamation folgenden Inhalts gebeten werden sollte[4]):

»Declaring that a state of war with the German Reich exists and has existed in Canada as from the tenth day of September, 1939.«

Nachdem der Privy Council diese Empfehlung der kanadischen Regierung gebilligt und die Zustimmung des Generalgouverneurs erhalten hatte, wurde der kanadische High Commissioner in London telegraphisch beauftragt, dem König die Petition des Privy Council zur Billigung zu unterbreiten. Am 10. September erhielt der kanadische Staatssekretär für Äußere Angelegenheiten vom High Commissioner die Nachricht, daß der König seine Zustimmung zu einem in seinem Namen erfolgenden Erlaß der Proklamation des erwähnten Inhalts erteilt habe[5]). Darauf wurde am gleichen Tage um 12⁴⁰ Uhr mittags in der Canada Gazette eine Proklamation betreffend den Beginn des Kriegszustandes zwischen Kanada und dem Deutschen Reich im Namen des Königs und unter dem Siegel des Generalgouverneurs, unterzeichnet vom kanadischen

---

[1]) Zu der Streitfrage, ob die britischen Dominions berechtigt sind, in einem von Großbritannien geführten Krieg neutral zu bleiben, siehe Keith, The Dominions as Sovereign States (1938), S. 205, 605ff., Noel Baker, The Present Juridical Status of the British Dominions in International Law (1929), S. 335f., Schlosberg, The King's Republics (1929), S. 50f., Chevallier, La Société des nations britanniques, Rec. d. Cours de l'Académie de Droit international (1938), Bd. 64, S. 317ff. und Corbett a. a. O. S. 354ff.

[2]) Journal of the Parliaments of the Empire, Bd. XX, No. 4, S. 893.

[3]) A. a. O. S. 892 Anm.

[4]) A. a. O. S. 906.

[5]) Vgl. Erklärung Mackenzie King's im House of Commons am 11. 9. 1939 (Journal of the Parliaments of the Empire, Bd. XX, No. 4, S. 905—06).

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Premierminister, durch den kanadischen Justizminister Lapointe veröffentlicht. Die Proklamation hat folgenden Wortlaut[1]):

»Attendu que par et de l'avis de Notre Conseil privé pour le Canada, Nous avons signifié Notre approbation relativement à la publication, dans la Gazette du Canada, d'une Proclamation déclarant qu'un état de guerre avec le Reich allemand existe et a existé dans Notre Dominion du Canada à compter du dixième jour de septembre 1939;

A ces causes, Nous déclarons et proclamons par les présentes qu'un état de guerre avec le Reich allemand existe et a existé dans Notre Dominion du Canada à compter du dixième jour de septembre 1939.«

Eine beglaubigte Abschrift dieser Proklamation übersandte die kanadische Regierung am 22. Januar 1940 dem Völkerbund, der seinen Mitgliedern am 24. Januar 1940 von der Proklamation Kenntnis gab.

Mit Erlaß dieser Proklamation trat der Kriegszustand zwischen Kanada und dem Deutschen Reich ein. Eine formelle Kriegserklärung ist dem Deutschen Reich von seiten Kanadas nicht zugegangen. Auch ist, soweit bekannt, eine über die Mitteilung an den Völkerbund hinausgehende Notifikation des Kriegszustandes an sämtliche neutrale Staaten von der kanadischen Regierung nicht vorgenommen worden[2]).

V. In Australien wurden am 2. September 1939 durch Proklamation des Generalgouverneurs Lord Gowrie die Citizen Forces wegen Bestehens einer Kriegsgefahr zum Kriegsdienst aufgerufen[3]). Der australische Premierminister gab am Tage der britischen Kriegserklärung bereits wenige Minuten nach der Ankündigung des Kriegszustandes durch Chamberlain im englischen Unterhaus die folgende Erklärung im Rundfunk ab[4]):

»It is my melancholy duty to announce officially that in consequence of Germany's persistence in her invasion of Poland, Great Britain has declared war, and that as a result Australia is also at war.«[5])

Ebenfalls am 3. September erließ der Generalgouverneur eine Proklamation über das Bestehen des Kriegszustandes, die am gleichen Tage in

---

[1]) Communiqué au Conseil et aux Membres de la Société des Nations, C. 10. M. 8. 1940. VII.

[2]) Großbritannien hat seinerzeit das III. Haager Abk. über den Beginn der Feindseligkeiten vom 18. 10. 1907 mit Wirkung für das gesamte Empire ratifiziert. Selbständig ist Kanada dem Abkommen bisher nicht beigetreten.

[3]) Journal of the Parliaments of the Empire, Bd. XX, No. 4, S. 929.

[4]) »Times« vom 4. 9. 1939.

[5]) Mit dieser Erklärung gab die australische Regierung zu verstehen, daß sie der britischen Kriegserklärung eine für Australien wirkende Kraft beimaß. So erklärte Premierminister Menzies am 11. September in einer Stellungnahme zu der anfänglichen kanadischen und südafrikanischen Haltung zu der Frage der Kriegsteilnahme noch einmal ausdrücklich, daß, wenn sich der König, dessen Königschaft unteilbar sei, im Kriege befinde, alle britischen Länder im Kriege seien (The Bulletin of International News, Bd. XVI, No. 19, S. 19).

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

der Commonwealth of Australia Gazette durch den australischen Verteidigungsminister Street veröffentlicht wurde und wie folgt lautet[1]):

»Whereas by the Defence Act 1903—1939 it is amongst other things enacted that the expression "Time of War" used in that act means any time during which a state of war actually exists, and includes the time between the issue of a proclamation of the existence of war or of danger thereof and the issue of a proclamation declaring that the war or danger thereof, declared in the prior proclamation, no longer exists:

Now therefore I, Alexander Gore Arkwright, Baron Gowrie, the Governor-General, aforesaid, acting with the advice of the Federal Executive Council, do hereby proclaim the existence of war.«

Am 6. September legte Premierminister Menzies dem auf diesen Tag einberufenen House of Representatives ein Weißbuch über den deutsch-englischen Notenaustausch in der Zeit vom 22. August bis 3. September 1939 vor[2]). Die anschließende Debatte ergab eine einmütige Billigung der britischen Kriegserklärung[3]). Eine Beschlußfassung unterblieb; es waren dem Haus auch keine entsprechenden Anträge vorgelegt worden.

Um eine Notifikation des Kriegszustandes an die deutsche Regierung zu veranlassen, richtete die australische Regierung an die britische Regierung die Bitte[4]),

»... to take the necessary steps to indicate to the German Government that the Commonwealth ... associate themselves with the action taken by His Majesty's Government in the United Kingdom in relation to the state of war with Germany.«

Die britische Regierung übermittelte eine entsprechende Note an den Botschafter der Vereinigten Staaten in London[4]). Der deutschen Regierung ist jedoch keine Notifikation des Kriegszustandes zugegangen. Den neutralen Staaten ist, soweit bekannt, der Beginn des Kriegszustandes durch die australische Regierung nicht notifiziert worden[5]). Auch hat der Völkerbund von der australischen Regierung keine Mitteilung über den Kriegszustand erhalten.

VI. In Neuseeland verkündete am 1. September 1939 der Generalgouverneur Lord Galway die Verhängung des Ausnahmezustandes[6]). Nachdem am 3. September die britische Kriegserklärung an Deutschland ergangen war, erteilte die neuseeländische Regierung dem Generalgouverneur den Rat[7]),

[1]) Commonwealth of Australia Gazette 1939, No. 63.

[2]) Journal of the Parliaments of the Empire, Bd. XX, No. 4, S. 930.

[3]) A. a. O. S. 930—33.

[4]) Mitteilung des britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten an den Schweizer Gesandten in London vom 15. 9. 1939.

[5]) Eine Kriegserklärung und Kriegsnotifikation erübrigte sich für die australische Regierung, da sie den Eintritt Australiens in den Kriegszustand als eine selbsttätige Folge der britischen Kriegserklärung ansah.

[6]) The Bulletin of International News, Bd. XVI, No. 18, S. 51.

[7]) Journal of the Parliaments of the Empire, Bd. XX, No. 4, S. 944.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

»... to proclaim on behalf of the Dominion the existence of a state of war between His Majesty the King and the Government of the German Reich.«

Daraufhin unterzeichnete der Generalgouverneur am 3. September die nachstehende Proklamation, die am 4. September durch den stellvertretenden Premierminister Fraser in der New Zealand Gazette veröffentlicht wurde[1]):

»His Excellency the Governor-General has it in command from His Majesty the King to declare that a state of war exists between His Majesty and the Government of the German Reich, and that such state of war has existed from 9.30 p.m., New-Zealand standard time, on the third day of September 1939.«

Die neuseeländische Regierung benachrichtigte die britische Regierung am 3. September durch das nachstehende Telegramm über die erfolgte Proklamation des Kriegszustandes[2]):

»With reference to the intimation just received that a state of war exists between the United Kingdom and Germany, his Majesty's Government in New Zealand desire immediately to associate themselves with his Majesty's Government in the United Kingdom in honouring their pledged word.

They entirely concur with the action taken, which they regard as inevitably forced upon the British Commonwealth if the cause of justice, freedom, and democracy is to endure in this world.

The existence of a state of war with Germany has accordingly been proclaimed in New Zealand, and H. M. New Zealand Government would be grateful if H.M. Government in the United Kingdom would take any steps that may be necessary to indicate to the German Government that H.M. Government in New Zealand associate themselves in this matter with the action taken by H.M. Government in the United Kingdom.

The New Zealand Government wish to offer to the British Government the fullest assurance of all possible support. They are convinced that the step that has been taken will meet with the approval of the people of this Dominion and they will give the fullest consideration in due course to any suggestion of the British Government as to the method or methods by which this Dominion can best assist in the common cause.«

Die britische Regierung übermittelte eine entsprechende Note an den Botschafter der Vereinigten Staaten in London[3]). Der deutschen Regierung ist jedoch keine Notifikation des Kriegszustandes zugegangen. Auch ist den neutralen Staaten, soweit bekannt, der Beginn des Kriegszustandes nicht mitgeteilt worden[4]). Eine Mitteilung an den Völkerbund ist ebenfalls nicht ergangen.

---

[1]) The New Zealand Gazette vom 4. 9. 1939.

[2]) The Bulletin of International News, Bd. XVI, No. 18, S. 58; »Times« vom 4. 9. 1939.

[3]) Mitteilung des britischen Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten an den Schweizer Gesandten in London vom 15. 9. 1939.

[4]) Ebensowenig wie für die australische Regierung war für die neuseeländische Regierung die Vornahme einer Kriegserklärung und Kriegsnotifikation notwendig, da auch sie den Kriegseintritt Neuseelands als eine selbsttätige Folge der britischen Kriegserklärung ansah.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Am 5. September unterbreitete der stellvertretende Premierminister Fraser, der für den Anfang August erkrankten Premierminister Savage die Regierungsgeschäfte leitete[1]), dem House of Representatives eine Resolution, die den Regierungsakt der Raterteilung an den Generalgouverneur betreffend die Proklamierung des Kriegszustandes billigte[2]). In der dem House of Representatives gegebenen Begründung dieser Resolution erklärte Fraser abschließend[3]):

»I am confident that every Member of this House will support the Resolution that I have moved, and join with the Government at this moment in an expression of our continued and unshakable loyalty to His Majesty the King, and to our association with the United Kingdom and the other members of the British Commonwealth who have taken up the sword with us.«

Das House of Representatives nahm am 5. September die Resolution, die die neuseeländische Kriegsproklamation bestätigte, einstimmig an[4]).

VII. In der Südafrikanischen Union waren in der unter der Führung des Premierministers General Hertzog stehenden Regierung bei der am 2. und 3. September 1939 stattgefundenen Beratung der Frage einer Teilnahme Südafrikas am Kriege weitgehende Meinungsverschiedenheiten unter den einzelnen Ministern zutage getreten. Sechs Minister einschließlich des Premierministers Hertzog hatten sich für Neutralität, sieben Minister einschließlich des damaligen Justizministers General Smuts für Teilnahme am Kriege ausgesprochen[5]). Da General Hertzog unter diesen Umständen einen Regierungsbeschluß im Sinne seiner Neutralitätspolitik nicht herbeiführen konnte, unterbreitete er dem am 2. September zusammengetretenen House of Assembly am 4. September einen Antrag auf Billigung der Außenpolitik der Regierung[6]). Zur Erläuterung seines Antrages gab General Hertzog dem Hause die folgende Erklärung, die er seinen Ministerkollegen vorgelegt hatte, bekannt[7]):

»The existing relations between the Union of South Africa and the various belligerent countries will, in so far as the Union is concerned, persist unchanged as if no war is being waged. Upon the understanding, however, that the existing relations and obligations between the Union and Great Britain or any other member of the British Commonwealth of Nations, in so far as such relations or obligations resulting from contractual obligations relating to the naval base at Simonstown[8]), or its

[1]) Round Table, No. 117, S. 228.

[2]) Journal of the Parliaments of the Empire, Bd. XX, No. 4, S. 944.

[3]) A. a. O. S. 944—45.

[4]) A. a. O. S. 945.

[5]) The Bulletin of International News, Bd. XVI, No. 18, S. 61.

[6]) Journal of the Parliaments of the Empire, Bd. XX, No. 4, S. 968.

[7]) A. a. O. S. 969.

[8]) Durch eine zwischen Großbritannien und Südafrika 1921/22 getroffene Vereinbarung hatte Südafrika die Verpflichtung übernommen, den Flottenstützpunkt Simons-

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

membership in the League of Nations, or in so far as such relations or obligations would result impliedly from the free association of the Union with other members of the British Commonwealth of Nations shall continue unimpaired and shall be maintained by the Union, and no one shall be permitted to use Union territory for the purpose of doing anything which may in any way impair the said relations or obligations.«

Gegen den Antrag des Premierministers General Hertzog brachte Justizminister General Smuts den folgenden Gegenantrag ein[1]):

»This House declares that the policy of the Union in this crisis is to be based on the following principles and considerations, viz.:

(1) It is in the interest of the Union that its relations with the German Reich should be severed, and that the Union should refuse to adopt an attitude of neutrality in this conflict;

(2) The Union should carry out the obligations to which it has agreed and continue its co-operation with its friends and associates in the British Commonwealth of Nations;

(3) The Union should take all necessary measures for the defence of its territory and of South African interests and the Government should not send forces overseas as in the last war;

(4) This House is profoundly convinced that the freedom and independence of the Union are at stake in this conflict and that it is therefore in its true interest to oppose the use of force as an instrument of national policy.«

In der im House of Assembly über diese beiden Anträge abgehaltenen Debatte[2]) wurde von General Hertzog und den Befürwortern seines Antrages auf die Unabhängigkeit der Union und deren Recht, über Krieg oder Neutralität selbständig zu entscheiden, hingewiesen[3]). General Smuts und die Abgeordneten, die seinen Antrag unterstützten, betonten auf der anderen Seite die Einheit und Unteilbarkeit der britischen Krone, deren Träger zugleich König Großbritanniens und der Dominions sei, und hoben hervor, daß die Staaten des British Commonwealth durch ihr gemeinsames Treuverhältnis der Krone gegenüber miteinander verbunden seien[4]); ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Aufrechterhaltung einer Neutralität für Südafrika wegen der sich aus dem Simonstown Agreement ergebenden Verpflichtung der Offenhaltung des Flottenstützpunktes Simonstown höchst fragwürdig sei[5]). Das House of Assembly lehnte am 4. September den Antrag Hertzog mit 80 : 67 Stimmen ab und stimmte dem Antrag Smuts mit demselben Stimmenverhältnis[6]) zu[7]).

town ständig für die Benutzung durch die britische Flotte zur Verfügung zu halten (Keith, Letters on Imperial Relations 1916—1935, S. 350—51).

[1]) Journal of the Parliament of the Empire, Bd. XX, No. 4, S. 974.

[2]) A. a. O. S. 968—83.

[3]) A. a. O. S. 968—71, 977, 981—82.

[4]) A. a. O. S. 971—74, 975, 978, 980.

[5]) Round Table, No. 117, S. 208.

[6]) Journal of the Parliaments of the Empire, Bd. XX, No. 4, S. 982.

[7]) Das Abstimmungsbild zeigt, daß die Befürworter des Antrages Hertzog über-

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Nachdem der Generalgouverneur für Südafrika, Sir Patrick Duncan, ein Ersuchen des Premierministers Hertzog um Auflösung des Parlaments und Anordnung von Neuwahlen abgelehnt hatte[1]), erklärte General Hertzog am 5. September seinen Rücktritt. Am gleichen Tage beauftragte der Generalgouverneur den bisherigen Justizminister General Smuts mit der Bildung einer neuen Regierung[2]). Am 6. September wurde die Bildung und Zusammensetzung des neuen Kabinetts unter dem Premierminister Smuts bekanntgegeben[3]). Am gleichen Tage erließ der Generalgouverneur im Namen des Königs die nachstehende Proklamation, die durch Premierminister Smuts in der Union of South Africa Government Gazette[4]) veröffentlicht wurde:

»Whereas it is in the interests of the Union that the peaceful relations with the German Reich be severed and that it be at war with the German Reich:

Now, therefore, under and by virtue of the powers in me vested under section six[5]) of the Royal Executive Functions and Seals Act, 1934 (Act No. 70 of 1934)[6]), I do by this my Proclamation in the name and on behalf of His Majesty the King declare and make known that from this sixth day of September, 1939, the peaceful relations between the Union and the German Reich are severed and that the Union is, for the purposes of all laws, at war with the German Reich as from the aforementioned date.«

Die südafrikanische Regierung teilte am selben Tage dem deutschen Gesandten in Pretoria durch die nachstehende Note den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und den Beginn des Kriegszustandes mit[7]):

»I have the honour to inform you that it has been decided to sever peaceful relations between the Union of South Africa and the German Reich as from to-day, September 6th 1939, and that for the purposes of all laws the Union is at war with the German Reich. A proclamation to this effect is being published to-day.[8])«

---

wiegend Afrikander waren, während der Antrag Smuts vor allem von dem englisch sprechenden Teil der Abgeordneten unterstützt wurde (Round Table, No. 117, S. 209).

[1]) Round Table, No. 117, S. 209.

[2]) The Bulletin of International News, Bd. XVI, No. 19, S. 46—47.

[3]) The Union of South Africa Government Gazette, Bd. CXVII, No. 2676, S. 2.

[4]) A. a. O. No. 2676, S. 1.

[5]) Gemäß dieser Bestimmung ist der Generalgouverneur, sofern die Unterschrift des Königs nicht oder nicht rechtzeitig erlangt werden kann, zur Zeichnung im Namen des Königs berechtigt.

[6]) Statutes of the Union of South Africa 1934, S. 922—27.

[7]) Nach amtlicher Mitteilung.

[8]) Der Text dieser Erklärung gab dem deutschen Auswärtigen Amt Veranlassung, die niederländische Regierung, die die Wahrnehmung der deutschen Interessen in Südafrika übernommen hatte, um Klarstellung der Tragweite der Erklärung, insbesondere der Klausel »for the purposes of all laws«, zu bitten. Das niederländische Außenministe-

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Am 9. September leitete der südafrikanische Gesandte in Berlin dem deutschen Außenminister eine Notifikation der südafrikanischen Regierung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und das Bestehen des Kriegszustandes zu[1]):

> »I am instructed by my Government to inform the German Government that as from the 6th day of September, 1939, the peaceful relations between the Union of South Africa and the German Reich have been severed and that for the purposes of all laws the Union is at war with the German Reich as from that date.«

Den Text der Proklamation des Generalgouverneurs betreffend den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und den Beginn des Kriegszustandes teilte der südafrikanische Außenminister am 12. Dezember 1939 zum Zwecke der Information und Registrierung dem Völkerbundssekretariat mit, das die Mitglieder des Völkerbundes am 21. Dezember von der Proklamation in Kenntnis setzte[2]). Eine über diese Mitteilung an den Völkerbund hinausgehende Notifikation des Kriegszustandes an sämtliche neutralen Staaten ist durch die südafrikanische Regierung nicht erfolgt[3]).

VIII. In Indien wurde am 3. September 1939 durch den Vizekönig und Generalgouverneur Lord Linlithgow eine Proklamation verkündet, durch die bekanntgegeben wurde[4]), »that a grave emergency exists whereby the security of India is threatened by war«[5]). Mit Proklamierung des Notstandes erhielt gemäß der Government of India Act (sect. 102) die zentrale Legislative Gesetzgebungsbefugnisse auch in den bis dahin der Provinzialgesetzgebung vorbehaltenen Angelegenheiten. Ferner verkündete der Generalgouverneur am 3. September die Defence of India Ordinance, durch die der Zentralregierung weitgehende Vollmachten übertragen wurden[6]). Ebenfalls am 3. September erließ der

---

rium teilte daraufhin mit, daß nach einer offiziellen Mitteilung der südafrikanischen Regierung an das niederländische Außenministerium zwischen der südafrikanischen Union und Deutschland ein Kriegszustand bestehe und die Union »alle ihre Rechte als kriegführende Partei, wie solche durch das Völkerrecht anerkannt werden, nach ihren äußersten Fähigkeiten ausüben« werde (Nach einer amtlichen Mitteilung).

1) Nach amtlicher Mitteilung.

2) Communiqué au Conseil et aux Membres de la Société des Nations, C. 398. M. 303. 1939. VII.

3) Großbritannien hat seinerzeit das III. Haager Abkommen über den Beginn der Feindseligkeiten vom 18. 10. 1907 mit Wirkung für das gesamte Empire ratifiziert. Selbständig ist Südafrika dem Abkommen bisher nicht beigetreten.

4) The Gazette of India vom 3. 9. 1939, S. 1; vgl. dazu auch Parl. Deb., H. L., Bd. 115, Sp. 460.

5) Der Erlaß dieser Proklamation erfolgte auf Grund der section 102 der Government of India Act vom 2. 8. 1935 (The Public General Acts 1934—35, Ch. 42).

6) The Gazette of India vom 3. 9. 1939, S. 1—10.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Generalgouverneur die nachstehende Proklamation, die in der Gazette of India veröffentlicht wurde[1]):

»I, Victor Alexander John, Marquess of Linlithgow, Governor-General of India and ex-officio Vice-Admiral therein, being satisfied thereof by information received by me, do hereby proclaim that war has broken out between His Majesty and Germany.«

Auf Grund der ihr durch die erwähnte Defence of India Ordinance (sect. 2) erteilten Vollmacht erließ die Zentralregierung am gleichen Tage die Defence of India Rules, durch die in umfassender Weise die für die Verteidigung und Sicherheit des Landes notwendigen Maßnahmen geregelt wurden[2]). In einer Rundfunkansprache vom selben Tage richtete der Generalgouverneur einen Aufruf an das indische Volk zur Mitarbeit und zur Teilnahme am Kriege[3]). Am 4. September wurden die deutschen Staatsangehörigen in Indien interniert[4]).

In einer Sitzung der Legislative Assembly gab am 4. September der Leader des Hauses, Sir Muhammad Zafrullah Khan, Mitglied des Executive Council, die folgende Erklärung ab[5]):

»... I am certain that everyone of us here realizes the gravity of the crisis and is determined to do his duty to King and country faithfully and with steadfast courage and resolution.«

Am 11. September wurde dem Parlament in einer gemeinsamen Sitzung der Legislative Assembly und des Council of State eine Botschaft des Königs und Kaisers durch den Vizekönig bekanntgegeben, in der es u. a. heißt[6]):

»In these days when the whole of civilization is threatened, the widespread attachment of India to the cause in which we have taken up arms has been a source of deep satisfaction to me. I also value most highly the many generous offers of assistance made to me by the Princes and peoples of India.

I am confident that in the struggle upon which I and my people have now entered, we can count on sympathy and support from every quarter of the Indian continent in the face of the common danger.«

Der britische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten teilte dem Schweizer Gesandten in London am 15. September mit[7]):

»As a result of the declaration of war by His Majesty's Government in the United Kingdom, India is at war with Germany.«

Eine besondere Kriegserklärung und Kriegsnotifikation ist von indischer Seite nicht erfolgt[8]).

---

1) A. a. O. S. 1. 2) A. a. O. S. 11—63.
3) India and the War. Cmd. 6129. 4) Oriente moderno 1939, S. 663.
5) Journal of the Parliaments of the Empire, Bd. XX, No. 4, S. 1001.
6) A. a. O., S. 1002.
7) Nach amtlicher Mitteilung.
8) Diese Akte erübrigten sich, da der britischen Kriegserklärung unmittelbare Wirkung für Indien beigelegt wurde.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

IX. Der zwischen dem Deutschen Reich einerseits und Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland und der Südafrikanischen Union andererseits bestehende Kriegszustand ist auch auf die Mandatsgebiete der genannten Staaten erstreckt worden. So hat Großbritannien den Anwendungsbereich der Emergency Powers (Defence) Act vom 24. August 1939[1]) durch Order in Council vom 25. August 1939[2]) auf die britischen Mandatsgebiete Tanganyika, Kamerun, Togo und Palästina ausgedehnt. Ferner ist die Geltung der vom König erteilten Vollmacht zur Errichtung von Prisengerichten vom 3. September 1939[3]) auch auf die Mandatsgebiete erstreckt worden, und zwar auf

> »any territory in respect of which a mandate on behalf of the League of Nations has been accepted by Us, and is being exercised by Our Government in the United Kingdom, in the Commonwealth of Australia or in the Dominion of New Zealand.« [4])

In Palästina wurde der Kriegsausbruch durch Proklamation des britischen Oberkommissars vom 11. September 1939[5]) offiziell bekannt gegeben. Durch Ordinance des Oberkommissars für Palästina wurde mit Wirkung vom 3. September 1939 der Handel mit dem Feinde verboten[6]). In Tanganyika wurde der Kriegszustand zwischen Großbritannien und Deutschland am 3. September 1939 ebenfalls offiziell bekanntgegeben[7]). Gleichzeitig wurde ein Verbot des Handels mit Feinde erlassen[8]). Sowohl in Palästina[9]) wie in Tanganyika[10]) wurden dem die in waffenfähigem Alter stehenden männlichen deutschen Staatsangehörigen interniert.

Durch Dekret vom 11. Oktober 1939[11]) hat Frankreich den Geltungsbereich des Dekrets betr. die Anmeldung von Gütern, Rechten und Interessen im feindlichen oder vom Feinde besetzten Gebiet vom 1. Oktober 1939[12]) auch auf die unter französischem Mandat stehenden

---

1) The Public General Acts 1939, Ch. 62.

2) Stat. Rules and Orders 1939, No. 968.

3) The London Gazette, Nr. 34683, S. 628f.; vgl. auch sect. 2 (Establishment of prize courts outside his Majesty's dominions) der Act vom 1. 9. 1939 (The Public General Acts 1939, Ch. 65).

4) Für diese Territorien sind demgemäß auch die Prize Court Rules 1939 (Stat. Rules and Orders 1939, No. 1466/L. 23) in Kraft gesetzt worden.

5) Palestine Gazette, No. 939 (Suppl. No. 2).

6) A. a. O. No. 923 (Suppl. No. 1).

7) The Tanganyika Territory Gazette Bd. XX Nr. 46.

8) A. a. O. Nr. 46 (Suppl. No. 1).

9) Nieuwe Rotterdamsche Courant vom 8. 9. 1939.

10) Neue Zürcher Zeitung vom 6. 9. 1939; vgl. dazu auch die Bekanntmachung vom 4. 9. 1939 betr. Einsetzung eines Commissioner for the Internment of Enemy Aliens (The Tanganyika Territory Gazette, Bd. XX, No. 48).

11) Journal Officiel 1939, S. 12316.

12) A. a. O. 1939, S. 11895.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Gebiete Togo und Kamerun erstreckt. Durch Arrêté des französischen Oberkommissars in Syrien vom 26. August 1939[1]) sind verschiedene Verordnungen und Instruktionen betr. »Mesures à prendre dans les Etats du Levant sous Mandat Français en cas de tension politique ou de mobilisation« für das französische Mandatsgebiet Syrien in Kraft gesetzt worden. Durch Arrêté vom 4. September 1939[2]) wurde für Syrien der Handel mit dem Feinde verboten; gemäß Art. 1 Abs. II jenes Arrêté gelten als Feindstaaten »les pays en état de guerre avec la Puissance mandataire ou ses alliés«. Auch sind in Syrien Reichsangehörige interniert worden[3]).

Im australischen Mandatsgebiet Neu-Guinea wurde das Bestehen des Kriegszustandes am 4. September 1939 durch den nachstehenden Erlaß des australischen Administrators proklamiert[4]):

> »It is with great regret that I have to inform the public of New Guinea that a state of War exists between Great Britain and Germany. The Governor-General of Australia has issued a Proclamation extending this state of war to Australia, and of course, its Territories, including New Guinea.«

Deutsche Staatsangehörige in Neu-Guinea wurden interniert[5]). Neuseeland ließ in seinem Mandatsgebiet Samoa ebenfalls deutsche Staatsangehörige internieren[6]). Die Südafrikanische Union hat durch Proklamation vom 14. September 1939[7]) die National Emergency Regulations, die u. a. den Handel mit dem Feind verbieten, auch für das südafrikanische Mandatsgebiet Südwestafrika mit der nachstehenden Begründung in Kraft gesetzt:

> »Whereas by reason of the war in which the Union of South Africa is presently involved, there has arisen in the said Union and in the Mandated Territory of South-West Africa a state of national emergency which seriously threatens the welfare of the inhabitants of the said territories and which may endanger the security of the State.«

Ferner wurde durch Proklamation vom 9. Oktober 1939[8]) der Geltungsbereich der South Africa Defence Act von 1912 auf Südwestafrika mit der folgenden Begründung ausgedehnt:

> »Whereas it is necessary, by reason of the fact that a state of war exists between the Union of South Africa and the German Reich, to

---

1) Journal Officiel de la République Syrienne 1939, No. 39, H. C., S. 99.

2) A. a. O. No. 36, H. C., S. 88.

3) Nach amtlicher Mitteilung.

4) New Guinea Gazette, 1939, No. 557.

5) Nach amtlicher Mitteilung; vgl. dazu auch die Defence (National Security-Aliens Control) Regulations vom 6. 9. 1939 (New Guinea Gazette 1939, No. 557).

6) Nach amtlicher Mitteilung.

7) The Union of South Africa Government Gazette, Bd. CXVII, Nr. 2679.

8) A. a. O. Nr. 2688.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

make better provision for the defence of the Union and the mandated territory of South-West Africa.«

Auch sind in Südwestafrika Reichsangehörige interniert worden[1]).

In Noten an die feindlichen Mandatarstaaten hat die deutsche Regierung festgestellt, daß die Einbeziehung der Mandatsgebiete in den Krieg durch die Mandatarstaaten unter Verletzung des Völkerrechts herbeigeführt worden ist, und sie hat diese Staaten für den Schaden verantwortlich gemacht, der dem Deutschen Reich aus dem Rechtsbruch entsteht. Die an die britische Regierung gerichtete Note, die in ihrem Wortlaut den Noten an die französische, australische, neuseeländische und südafrikanische Regierung entspricht, lautet wie folgt[2]):

»Die Deutsche Regierung hat festgestellt, daß die britische Regierung den Geltungsbereich des Emergency Powers (Defence) Act 1939, des Trading with the Enemy Act 1939 und der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Verordnungen gegen Deutsche, ihr Eigentum und ihre Interessen auch auf die Mandatsgebiete Tanganyika, Kamerun, Togo, Palästina und Transjordanien ausgedehnt hat. In diesen Gebieten sind ferner durch die britische Regierung und in ihrem Auftrag durch die lokalen Verwaltungsbehörden Maßnahmen gegen Deutsche, ihr Eigentum, ihre Rechte und Interessen getroffen worden, die beweisen, daß die britische Regierung die ihr anvertrauten Mandatsgebiete als im Krieg mit Deutschland befindlich betrachtet und die dort anwesenden Deutschen als feindliche Ausländer behandelt.

Großbritannien als Mandatar ist nicht im Besitz der Souveränität über die Mandatsgebiete und ist infolgedessen nicht berechtigt, die Gebiete in einen an Deutschland erklärten Krieg einzubeziehen. Großbritannien ist vielmehr lediglich ermächtigt, die ihm als Mandat anvertrauten Gebiete zu verwalten. Hierbei ist es ausdrücklich verpflichtet, die Verwaltung zum Wohle der Bewohner der Gebiete zu führen. Die für die Ausübung behördlicher Machtbefugnisse und für die Verwaltung, die der Mandatar ausüben soll, geltenden Vorbehalte bezwecken grundsätzlich eine Neutralisierung der Mandatsgebiete in einem europäischen Krieg, sie wurden getroffen, um die Hineinziehung der Gebiete und ihrer Bevölkerung in einen solchen Krieg zu verhindern und sie schließen ausdrücklich jede Benutzung der nur zur Verwaltung und Entwicklung anvertrauten Gebiete zu aggressiven feindlichen Handlungen gegen ein Land, seine Angehörigen und Interessen aus, dem Großbritannien von sich aus den Krieg erklärt hat.

Die Hineinziehung der Mandatsgebiete durch die britische Regierung in ihren Krieg gegen das Deutsche Reich ist ein Rechtsbruch. Die Störung des Friedens in den Mandatsgebieten durch Maßnahmen gegen die Deutschen, ihr Eigentum, ihre Rechte und Interessen ist eine durch nichts gerechtfertigte Handlung, die im Widerspruch zu dem Geist und dem Inhalt des Mandatsstatuts steht. Die Deutsche Regierung stellt diesen Rechtsbruch fest und macht die britische Regierung für

[1]) Journal de Genève vom 26. 9. 1939.

[2]) Nach amtlicher Mitteilung.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

allen Schaden verantwortlich, der Deutschen und ihren Interessen in den Mandatsgebieten durch die Maßnahmen der britischen Regierung zugefügt wird.«

Auf diese Note hat das britische Foreign Office zugleich auch im Namen der australischen und neuseeländischen Regierung am 21. März 1940 folgendes erwidert[1]:

»The Foreign Office desire to state, in reply, that under the mandate system His Majesty's Government in the United Kingdom have full powers of administration and legislation and are responsible for the peace, order and good government of the territory and for its defence, and that they are not prepared to discuss with an enemy government the measures which they have thought proper to take with those objects in time of war. His Majesty's Government in the Commonwealth of Australia and His Majesty's Government in New Zealand desire to be associated with this statement in so far as the territories administered by them under mandate are concerned.«

Eine entsprechende Antwort hat die südafrikanische Regierung erteilt[2].

X. In Ägypten wurde am 2. September 1939 durch den König der Belagerungszustand verkündet und dem Ministerpräsidenten Aly Maher Pascha Vollmacht für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und öffentlichen Ordnung im Lande erteilt[3]. Durch Verordnung vom 3. September wurde die Zensur eingeführt[4]. Am 4. September brach Ägypten die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab. Deutsche Staatsangehörige wurden interniert[5]. Am 6. September erließ die ägyptische Regierung eine Mitteilung an die Regierungen der fremden Mächte, in der bezüglich der Rechtsstellung Ägyptens folgendes erklärt wurde[6]:

»La situation actuelle de l'Egypte est définie par l'article 7 du Traité d'alliance anglo-égyptien du 26 août 1936, qui stipule que, dans le cas d'une guerre où l'Angleterre serait belligérante, l'aide de S.M. le roi d'Egypte consistera à fournir à S.M. le roi et empereur d'Angleterre et des Indes, en territoire égyptien, en conformité du système administratif et de l'organisation législative égyptienne, toutes facilités et assistances en son pouvoir, y compris l'usage de ses ports, aerodromes et moyens de communication.«

Am 7. September verließ der deutsche Geschäftsträger Ägypten[7]. Am gleichen Tage gab der ägyptische Ministerpräsident die Erklärung ab, daß »the Government and people of Egypt are heart and soul with Britain in the great struggle for justice and the preservation of freedom«[8]. Der

[1]) Nach amtlicher Mitteilung.
[2]) Nach amtlicher Mitteilung.
[3]) Dekret vom 1. 9. 1939 (Journal Officiel 1939, No. 90).
[4]) Journal Officiel 1939 (No. 92).
[5]) Nach amtlicher Mitteilung; siehe auch Frankfurter Zeitung vom 19. 9. 1939.
[6]) Oriente moderno 1939, S. 534.
[7]) A. a. O. S. 512.
[8]) The Bulletin of International News, Bd. XVI, No. 19, S. 22.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Abbruch der diplomatischen Beziehungen wurde dem deutschen Auswärtigen Amt am 7. September durch eine Verbalnote des ägyptischen Gesandten in Berlin notifiziert. In dieser Note gab der ägyptische Gesandte den Inhalt eines von seiner Regierung erhaltenen Telegramms bekannt, in dem es u. a. heißt[1]):

> »In accordance with Anglo Egyptian treaty[2]) martial law has been declared on the second of September and rupture of diplomatic relations with Germany followed on the fourth .... entrust Egyptian interests legation and consulates to the imperial legation of Iran. ...«

Durch Verordnung des ägyptischen Ministerpräsidenten vom 14. September wurde ein Handelsverbot gegenüber dem Deutschen Reich und dessen Angehörigen ausgesprochen[3]). Als Anfangstermin des Handelsverbotes wurde in dieser Anordnung, die sich in der Präambel ausdrücklich auf den» état de la rupture des relations diplomatiques entre l'Egypte et le Reich Allemand« bezog, der 3. September 1939 angegeben (Art. 1). Durch die gleiche Verordnung wurde bezüglich des in Ägypten befindlichen deutschen Vermögens der Anmeldezwang eingeführt und die Bestellung von Sequestern verfügt (Art. 5). Diese Maßnahmen der Vermögensbeschränkung wurden durch Verordnung vom 19. September auf die Vermögen der unter deutscher Kontrolle stehenden Gesellschaften ausgedehnt[4]). Durch Verordnung vom 21. September wurden die Vorschriften über das Handelsverbot und die Sequestrierung gelockert[5]). Am 18. September wurde die Anmeldepflicht der deutschen Staatsangehörigen verfügt[6]). Der ägyptische Ministerpräsident erklärte am 2. Oktober in einer Rede vor dem Parlament, die Haltung Ägyptens sei durch eine defensive Politik bestimmt, durch eine Politik der loyalen Erfüllung des englisch-ägyptischen Bündnisvertrages[7]).

Durch Proklamation vom 8. Oktober[8]) wurde die Ausfuhr von Waren, die durch den Finanzminister zu contrebande de guerre erklärt waren[9]), von der Beibringung einer dahingehenden Erklärung abhängig gemacht, daß die Waren nicht für die deutsche Regierung oder Personen bestimmt sind, mit denen auf Grund der erwähnten Verordnungen vom 14. und 18. September der Handel verboten ist; ferner wurde bestimmt, daß bei Abgabe einer ungenauen Erklärung oder bei Verweigerung von ver-

---

1) Nach amtlicher Mitteilung.

2) Bündnisvertrag vom 26. 8. 1936. Treaty Series, No. 6 (1937).

3) Journal Officiel 1939, No. 98.

4) A. a. O. No. 101.

5) A. a. O. No. 103.

6) A. a. O. No. 100.

7) Oriente moderno 1939, S. 553.

8) Journal Officiel 1939, No. 115.

9) Durch Verordnung des Finanzministers vom 17. 10. 1939 sind bestimmte Waren zu contrebande de guerre erklärt worden (Journal Officiel 1939, No. 127).

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

langten Auskünften oder bei Ablehnung der Vorlage von Unterlagen die Waren beschlagnahmt und eingezogen werden können.

Die von Ägypten gegen das Deutsche Reich getroffenen Maßnahmen bedeuten im Sinne des englisch-ägyptischen Bündnisvertrages vom 26. August 1936[1]) gegenüber Großbritannien eine Hilfeleistung »in the capacity of an ally« (Art. 7 Abs. I). Auch die vom ägyptischen König bzw. der ägyptischen Regierung erlassenen Anordnungen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung sind in Erfüllung des Bündnisvertrages getroffen worden, der ausdrücklich die Verpflichtung zu »the establishment of martial law and an effective censorship« enthält (Art. 7 Abs. II).

Da Ägypten als englischer Bundesgenosse somit Maßnahmen getroffen hat, die von einem Staate regelmäßig nur gegen einen Feindstaat ergriffen werden, ist zwischen ihm und dem Deutschen Reich der Kriegszustand eingetreten. Eine Kriegserklärung hat Ägypten nicht ausgesprochen. Auch hat es keine Mitteilung über einen Beginn des Kriegszustandes an die neutralen Mächte ergehen lassen[2]). Ebensowenig ist eine Mitteilung an den Völkerbund erfolgt.

XI. Im Irak kündigte am 3. September 1939 der Ministerpräsident Nuri es-Said an, der Irak würde Großbritannien alle verfügbare Hilfe zukommen lassen[3]). Die irakischen Streitkräfte wurden in den Kriegsstand versetzt[4]). Durch Dekret vom 3. September wurde die Zensur eingeführt[5]).

Am 6. September 1939 beschloß die Irakische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abzubrechen. Am gleichen Tage wurden dem deutschen Gesandten in Bagdad die Pässe ausgehändigt; ferner wurden die im Irak ansässigen deutschen Staatsangehörigen entweder interniert oder aus dem Lande ausgewiesen[6]). Am 7. September teilte die irakische Gesandtschaft in Berlin dem deutschen Auswärtigen Amt den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch eine Note mit. Diese Note beginnt mit der folgenden Erklärung[7]):

> »Da die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Irak abgebrochen wurden, beehrt sich die Königlich Irakische Gesandtschaft, dem Auswärtigen Amt höflichst mitzuteilen,

[1]) Treaty Series, No. 6 (1937).

[2]) Für Ägypten besteht keine Kriegserklärungs- und Kriegsnotifikationspflicht, da es an dem III. Haager Abkommen über den Beginn der Feindseligkeiten vom 18. 10. 1907 nicht beteiligt ist.

[3]) The Bulletin of International News, Bd. XVI, No. 18, S. 57.

[4]) Oriente moderno 1939, S. 506.

[5]) A. a. O. S. 549.

[6]) Neue Zürcher Zeitung vom 8. 9. 1939; The Bulletin of International News, Bd. XVI, No. 19, S. 39.

[7]) Nach amtlicher Mitteilung.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

daß die Königlich Afghanische Gesandtschaft in Berlin mit der weiteren Wahrnehmung der Interessen des Königreichs Irak in Deutschland betraut worden ist. . . . .«

Am 8. September 1939 übersandte der irakische Prinzregent dem britischen König ein Freundschaftstelegramm, in dem er zum Ausdruck brachte[1]):

»our unshakable attachment, Government and people alike, to the letter and the spirit of the Treaty of Alliance[2]) uniting us, and to assure you of our firm determination to do everything in our power in the same spirit to co-operate with our great ally until right and justice, of the lofty principles to defend which you have entered the war, shall prevail.«

Die Antwort des britischen Königs auf dieses Telegramm schloß mit der Versicherung, daß »if ever the horrors of war descend upon Iraq, my Government would carry out their obligations in the same spirit of loyalty and resolution«[3]).

Der britische Unterstaatssekretär Butler brachte am 14. September vor dem Unterhaus anläßlich einer Anfrage aus dem Hause den Dank der britischen Regierung gegenüber dem irakischen Bundesgenossen für die bewiesene Loyalität zum Ausdruck, indem er folgendes erklärte[4]):

»The Treaty of Alliance[2]) between His Majesty's Government and the Iraqi Government lays down that if either of the parties becomes engaged in war, the other party will immediately come to his aid in the capacity of an ally. The treaty further provides that the aid of the Iraqi Government will consist in furnishing to His Majesty's Government on Iraqi territory all facilities and assistance in their power, including the use of all means of communication. The Iraqi Government have made it clear, that they are prepared to carry out their treaty obligations both in the letter and in the spirit. They have already severed relations with the German Government and have taken various measures of a precautionary kind which are regarded by His Majesty's Government as most satisfactory. I should like to take this opportunity of expressing the appreciation of His Majesty's Government for the loyal and friendly attitude of their ally.«

Der irakische Ministerpräsident erklärte am 22. September, der Irak sei in Erfüllung des englisch-irakischen Bündnisvertrages seiner Hilfeleistungspflicht nachgekommen, indem die Verbindungswege im Irak Großbritannien zur Verfügung gestellt und Erleichterungen für die britischen Transporte auf irakischem Gebiet vorgenommen worden seien; ein Einsatz der irakischen Streitkräfte würde erst bei einer unmittelbaren Bedrohung oder einem Angriff gegen das irakische Staatsgebiet erfolgen[5]).

---

1) The Bulletin of International News, Bd. XVI, No. 19, S. 39.
2) Bündnisvertrag vom 30. 6. 1930. Treaty Series, No. 15 (1931).
3) The Bulletin of International News, Bd. XVI, No. 19, S. 39.
4) Parl. Deb., H. C., Bd. 351, Sp. 748—49.
5) Oriente moderno 1939, S. 549.

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Die vom Irak getroffenen Maßnahmen bedeuten gleichermaßen wie die entsprechenden ägyptischen Maßnahmen[1]) im Sinne des englisch-irakischen Bündnisvertrages vom 30. Juni 1930[2]) gegenüber Großbritannien eine Hilfeleistung »in the capacity of an ally« (Art. 4). Die Zurverfügungstellung der Verbindungswege und die Erleichterung der Transporte ist nach Maßgabe des Bündnisvertrages erfolgt, der für Großbritannien die Benutzung der »railways, rivers, ports, aerodromes and means of communication« vorsieht (Art. 4). Auch die innerstaatlichen Verteidigungsmaßnahmen gehen auf den Bündnisvertrag zurück (Art. 4).

Der Irak hat also als englischer Bundesgenosse Maßnahmen ergriffen, die ein Staat gemeinhin nur gegen einen Feindstaat vornimmt. Es besteht daher zwischen dem Irak und dem Deutschen Reich der Kriegszustand. Eine Kriegserklärung hat der Irak nicht ausgesprochen. Auch hat er den neutralen Staaten keine Notifikation des Kriegszustandes[3]) zugehen lassen. Eine Mitteilung an den Völkerbund ist ebenfalls nicht erfolgt. Schlüter.

Die Behandlung deutscher Staatsangehöriger im feindlichen Ausland

I. Internationale Vereinbarungen über die Behandlung der Angehörigen einer kriegführenden Partei, die sich bei Ausbruch der Feindseligkeiten auf dem Territorium des Gegners befinden, sind zwar mehrfach erstrebt worden, aber bisher nicht zustandegekommen. Es liegen lediglich Entwürfe zu einer solchen Regelung vor, und zwar die im Jahre 1924 auf der Stockholmer Tagung der International Law Association aufgestellten »Draft Regulations for the Treatment of Civilian Prisoners of War«[4]), in denen Richtlinien für eine humane Behandlung internierter feindlicher Staatsangehöriger aufgestellt werden, sowie das vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes ausgearbeitete »Projet de Convention Internationale concernant la condition et la protection des civils de nationalité ennemie qui se trouvent sur le territoire d'un belligérant ou sur un territoire occupée par lui«[5]). Dieser Entwurf, der

[1]) Siehe oben S. 266.

[2]) Treaty Series, No. 15 (1931).

[3]) Der Irak ist an die Bestimmungen des III. Haager Abk. über den Beginn der Feindseligkeiten vom 18. 10. 1907 nicht gebunden, da er diesem Abkommen nicht beigetreten ist.

[4]) Abdruck: International Law Association, Report of the 33rd Conference, London 1925, S. 229 ff.

[5]) Abdruck: 15me Conférence Internationale de la Croix-Rouge, Compte-Rendu,

http://www.zaoerv.de
© 1940, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht